

## Niederschrift

### zur 28. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 15.12.2016	18.30-22.05 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

##### Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Martin Gollmer , Käthe Radom , Gerold Sachse , Stephan Wende ,

##### CDU/FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Rolf Hilke , Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Reinhard Ksink , Karin Lehmann ,  
Wolfgang Petenati , Petra Schumann ,

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Kai Hamacher , Christina Krüger , Anja Miethke , Matthias  
Rudolph , Janett Seiler,

##### SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Sebastian Rausch , Stefan Sarrach , Elke Wagner ,

##### Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz , Jens-Olaf Zänker ,

##### Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

##### Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Anke Marggraf , Sylvaine Meister , Christfried Tschepe ,

##### Gäste

Frau Scharf zeitw., Herr Weber Stadtförstdirektor, Herr Stemmler MOZ  
6 interessierte Gäste

#### Abwesend

##### SPD-Fraktion

Katja Dost entschuldigt,

##### Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke entschuldigt,

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnet die 28. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und heißt alle Anwesenden herzlich willkommen.

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit fest. Anwesend sind 30 Stadtverordnete und der Bürgermeister.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Zur Tagesordnung (TOP 8.2.) wird der TOP Einbringung von Anträgen hinzugefügt. Seitens der BFZ-Fraktion wird beantragt, die TOP's 9.4. und 9.5 (Schlussbericht der Rechnungsprüfung und Jahresabschluss 2015) gemeinsam abzuhandeln. Des Weiteren beantragt die Fraktion, den TOP 15.1 (Neuausschreibung der Essenversorgung) in den öffentlichen Sitzungsteil (als TOP 9.13) zu nehmen.

Den Anträgen wird einstimmig entsprochen und die Tagesordnung entsprechend angepasst.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 4 Bestätigung der Niederschrift einschließlich der Ergänzungen vom 10.11.2016**

Herr Dippe bittet, zwei Punkte zu ergänzen. Dies wird in der Sitzungsniederschrift vom 10.11.16 vorgenommen.

**Zustimmung mit Änderung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 5 Informationen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende informiert, dass sich mit Wirkung vom 28.11.2016 eine neue Fraktion, die CDU/FDP-Fraktion, gebildet hat. Frau Lehmann ist die Fraktionsvorsitzende, Herr Henkel der Stellvertreter.

Weiterhin berichtet er, dass die Herren Becker und Umstädter keine sachkundigen Einwohner mehr sind. Die Fraktion der BFZ benennt als neues Mitglied im Pool der sachkundigen EinwohnerInnen Frau Myriam Kalipke.

## **TOP 6 Informationen des Bürgermeisters**

Der Bürgermeister verzichtet auf Informationen.

## **TOP 7 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Anfragen an das Gremium gestellt.

## **TOP 8 Neubildung des Hauptausschusses**

### **TOP 8.1 Bestimmung der Mitglieder des Hauptausschusses durch die Fraktionen**

Die Fraktion der CDU/FDP benennt: Herrn Henkel, Herrn Koch, Herrn Petenati, Frau Schumann als Stellvertreter werden wie folgt benannt: Frau Lehmann, Herr Hilke, Herr Hoffrichter, Herr Ksink und Herr Teichmann.

Die BFZ-Fraktion benennt: Herrn Rudolph, Herrn Dippe und Herrn Fischer  
die Stellvertreter sind: Herr Hamacher, Frau Miethke, Frau Krüger und Frau Seiler

Die Fraktion Die LINKE benennt: Frau Fiedler und Herrn Sachse  
die Stellvertreter sind: Herr Wende, Frau Radom, Herr Benz und Herr Gollmer

Die SPD-Fraktion benennt: Herrn Rausch und Herrn Sarrach  
Als Stellvertreter fungieren Frau Wagner, Herr Luban, Frau Dost und Herr Hemmerling.

Die Fraktion B90/Die Grünen benennt Herrn Zänker als ordentliches Mitglied und Herrn Apitz Stellvertreter.

Die AfD-Fraktion benennt Herrn Anke und als Stellvertreter Herrn Aulich.

Die Fraktion B90/Die Grünen stellt im Zusammenhang mit der Neubildung des Hauptausschusses einen Ergänzungsantrag, die Ausschussvorsitze entsprechend dem Wahlergebnis zu besetzen. Herr Zänker schlägt vor, dass die Fraktion die die/den Vorsitzende/n des Hauptausschusses stellt, bei den Fachausschüssen keine Berücksichtigung mehr findet.

Der Antrag wird kontrovers diskutiert, aber letztendlich von allen Fraktionen mit Ausnahme der CDU/FDP-Fraktion unterstützt.

Nach eingehender Diskussion beantragt der Abg. Sarrach die Abstimmung des vorliegenden Antrages von der Fraktion B90/Die Grünen.

**Zustimmung: 19 Dafür 9 Gegenstimmen 2 Enthaltungen**

Die Fraktionsvorsitzende der CDU/FDP-Fraktion, Abg. Lehmann, hält den Beschluss für rechtswidrig und bittet die Verwaltung um umfassende Prüfung.

### **TOP 8.2 Einbringung von Anträgen der Fraktionen**

Die CDU/FDP-Fraktion bringt einen Antrag zur Erstellung eines Straßenkatasters mit Festlegung des Bedarfes zur Unterhaltung im Rahmen eines Zweitdeckenprogramms ein und bittet um Verweisung in den Stadtentwicklungsausschuss.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 9      Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 9.1    Stadt Fürstenwalde/Spree im Regional- und grenzüberschreitenden 6/AN/423 Fernverkehr zwischen Berlin und Polen besser berücksichtigen - zusätz- liche Verkehrsleistungen zum RE 1 zwischen Fürstenwalde/Spree und Berlin Stadtbahn einfordern**

Der Abg. Sarrach begründet den Antrag ausführlich und bittet um eine politische Absichtserklärung, die er noch für den heutigen Tag für abstimmungswürdig hält.

Der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses, Abg. Wende, hat noch einige Anmerkungen und Anregungen zur Qualifizierung des Antrages. Er wirbt dafür, ihn zunächst in den Fachausschuss zu verweisen.

Der Bürgermeister unterbreitet den Vorschlag, vorausgesetzt der Antrag wird verabschiedet, im nächsten Fachausschuss eine abgestimmte Vorgehensweise (inkl. eines Anschreibens an die verantwortlichen Institutionen) zu beraten.

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Bürgermeister der Stadt Fürstenwalde/Spree wird beauftragt, gegenüber allen zuständigen Stellen der Landesregierung Brandenburg, der Landesplanung Berlin-Brandenburg, des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg usw. eine bessere Berücksichtigung der Stadt Fürstenwalde/Spree im Regional- und grenzüberschreitenden Fernverkehr zwischen Berlin und Polen im Nahverkehrsplan ab 2018 durch die Bestellung zusätzlicher Verkehrsleistungen zum RE 1 zwischen Fürstenwalde/Spree und Berlin Stadtbahn einzufordern.
2. Der Bürgermeister der Stadt Fürstenwalde/Spree erstattet fortlaufend gegenüber der Stadtverordnetenversammlung Bericht zu den Ergebnissen der Verhandlungen über den Nahverkehrsplan 2018, soweit die Stadt Fürstenwalde/Spree betroffen und einbezogen ist.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 9.2    Nahverkehrskonzeption fortschreiben - Fürstenwalder Bedarf benennen 6/AN/409 und Interessen konsequent vertreten**

Abg. Wende spricht kurz zu dem Antrag und erläutert das Votum des Stadtentwicklungsausschusses, im Beschlussvorschlag eine ursprünglich formulierte Zeitschiene für die Jahre 2017 bis 2021 herauszunehmen. Auf Bitte des Abg. Rudolph wird auch die Formulierung ... , daraus die erforderlichen Maßnahmen abzuleiten und dieses in der Stadtverordnetenversammlung *zu diskutieren und beschließen* zu lassen ... präzisiert.

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde fordert den Landkreis Oder-Spree und den Kreistag auf, den Nahverkehrsplan des Landkreises fortzuschreiben.

Die Erarbeitung der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes soll im dialogischen Verfahren erfolgen. Dazu ist die Beteiligung der Kommunen des Landkreises ebenso zu gewährleisten wie die Einbeziehung und Beteiligung der BürgerInnen in Oder-Spree.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Bedarfsanalyse für den städtischen Busverkehr für die

nächsten zehn Jahre zu erstellen, daraus die erforderlichen Maßnahmen abzuleiten und diese in der Stadtverordnetenversammlung zu diskutieren und beschließen zu lassen. Diese sind als Fürstenwalder Zuarbeit für den Nahverkehrsplan des Landkreises Oder-Spree in die Debatte einzubringen. Die Beteiligung der BürgerInnen unserer Stadt bei der Erarbeitung des Bedarfsplanes ist zu gewährleisten. In Abstimmung mit den Umlandgemeinden wird im Bedarfsplan auch der Bedarf im überregionalen Busverkehr in der Stadt dargestellt.

Strategische Überlegungen die z.B. gerade im INSEK-Dialog oder auch im Dialogprozess zur Überarbeitung des Klimaschutzkonzeptes verabredet werden, sind in den Bedarfsplan „Städtischer Busverkehr“ aufzunehmen.

**Zustimmung mit Änderung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 9.3 Vorfahrt für Busse und Taxis am Bahnhof**

**6/AN/410**

Der Abg. Hilke begrüßt den Antrag aufgrund der rund um den Bahnhof vorzufindenden Situation außerordentlich. Er begründet aber auch ausführlich, dass sich die CDU/FDP-Fraktion für eine erneute Diskussion im Fachausschuss ausspricht, da einige Argumente bei der bisherigen Debatte nicht berücksichtigt wurden (Grundstücksbindung bis 2029 an Vermietungsgesellschaft, Austausch der Taxistellplätze im Innenbereich wenig praktikabel für Privat-Pkw's, ungünstige Lösung Schrankeineinbau).

Auch die SPD-Fraktion sieht weiteren Diskussionsbedarf und keine Lösung, wenn eine Schranke eingebaut wird. Sie signalisiert Unterstützung zur Rückverweisung in den Stadtentwicklungsausschuss.

Abg. Dippe erinnert an die interessanten Ausführungen zum Bahnhofsumfeld von Herrn Witte und meint, auch diese sollten bei einer Gesamtlösung einbezogen werden.

Die Fraktion DIE LINKE vertritt die Meinung, dass die Lösung nicht optimal ist und die Suche nach sinnvollen Lösungen nicht aufhören darf. Aber, so Abg. Wende, wir sollten nicht noch länger die Zeit verstreichen lassen. Der Abg. Benz unterbreitet den Vorschlag, an der Bahnhofseinfahrt zunächst ein Einfahrtsverbot für den Individualverkehr außer für Busse und Taxen anzubringen.

Die ausführliche Debatte veranlasst den Abg. Koch, sich zur GeschO zu melden. Er beantragt die Rückverweisung in den Stadtentwicklungsausschuss.

Der Bürgermeister geht in seinen Ausführungen auf die Grundstücksgegebenheiten ein und erläutert, dass zwischen der Stadt Fürstenwalde und der Fondsgesellschaft (Eigentümer des Bürogebäudes) bis zum Jahre 2029 ein Mietvertrag besteht. Eine vorherige Kündigung ist nicht möglich, hier kann es also nur eine einvernehmliche Lösung geben. Die Fondsgesellschaft hat einen 15 Jahresvertrag für 10 Parkplätze mit dem LOS geschlossen. Dieser Vertrag endet im Jahre 2027. Des Weiteren gibt es eine Reihe individueller Verträge mit Einzelpersonen, diese sind mit einer 3monatigen Frist kündbar. Zusammenfassend errechnet Herr Hengst rd. 300 T€ Einnahmeausfälle für den Fonds. Gleichzeitig zeigt er auch alternative Grundstückflächen (ehem. KWU-Gebäude) auf, die für perspektivisch für Parkplatzflächen infrage kämen. Eine kurzfristige Lösung sieht er in dem vom Abg. Benz unterbreiteten Vorschlag, den Individualverkehr zu verbieten. Bis zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses wird sich die Verwaltung mit dem LOS dazu ins Benehmen setzen.

Abschließend wird die Verweisung in den Stadtentwicklungsausschuss einstimmig befürwortet.

**Zurückstellung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 9.4 Unterrichtung des Ausschusses über den Schlussbericht der Rechnungsprüfung über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2015**

Der Erste Beigeordnete erläutert noch einige im Ausschuss für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt offengebliebene Punkte (erstmals im Jahresabschluss eine Rückstellung in Höhe von 5,5

Mio€ für die beiden CHF-Plus-Swaps erfolgt, für die übrigen 6 Swaps ist keine Rückstellung erfolgt, da diese mit einem Grundgeschäft unterlegt waren und kein Währungsrisiko bargen. Bis zum Jahresabschluss 2015 war die Stadt von einem positiven Klageverfahren ausgegangen. Erst die Grundsatzentscheidungen des BGH haben diese Erfolgchancen wesentlich reduziert. Die Zuschüsse für Dritte sind in einer Position zusammengefasst. Die Frage, ob eine zusätzliche Spalte für ursprünglich beschlossenen Planansatz eingefügt werden kann, muss zunächst verneint werden, da das Einrichten mit einem noch nicht bezifferbaren Aufwand verbunden und ein A4-Format nicht mehr möglich wäre).

Seitens der BFZ-Fraktion erläutert der Abg. Rudolph, dass sie dem Bürgermeister keine Entlastung erteilen werden. Nach Auffassung der BFZ wurde in Bezug auf die Swap-Geschäfte rechtswidrig gehandelt. Auch der Empfehlung der Rechnungsprüfung, den Bürgermeister uneingeschränkt zu entlasten, kann die Fraktion nicht folgen.

Sie beantragt, die Entlastung derart einzuschränken, dass alles was mit den Swap-Geschäften zusammenhängt, ausgenommen wird. Außerdem kann die BFZ dem Jahresabschluss nicht zustimmen, da aus ihrer Sicht die Risiken aus den Swap-Geschäften nicht korrekt berücksichtigt worden sind.

Die Fraktion der BFZ beantragt namentliche Abstimmung für die Vorlage 6/417 und die Dokumentation ihres Abstimmungsverhaltens zur Vorlage 6/416.

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree nimmt den Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015 zur Kenntnis und schließt sich den darin enthaltenen Feststellungen an.

### **Zustimmung Ja 22 Nein 7 Enthaltung 2 Befangen 0**

Die BFZ-Fraktion stimmt gegen den Schlussbericht der Rechnungsprüfung.

### **TOP 9.5 Beschluss über den Jahresabschluss 2015 gemäß § 82 der Brandenburgischen Kommunalverfassung 6/DS/417**

Hierzu beantragt die BFZ-Fraktion die Entlastung des Bürgermeisters einzuschränken. Alles, was die Swap-Geschäfte betrifft, soll außen vor bleiben.

Dieser Änderungsantrag soll namentlich abgestimmt werden.

Für die Beschlussvorschläge Nr. 1 und Nr. 2 soll ebenfalls namentlich abgestimmt werden.

Namentliche Abstimmung:

Abstimmung für den Änderungsantrag:

Name	Ja	Nein	Enthaltung
Anke, Ulrich	entschuldigt		
Apitz, Peter	x		
Aulich, Lars			x
Benz, Rene			x
Dippe, Christian	x		
Dost, Katja	entschuldigt		
Fiedler, Monika			x
Fischer, Thomas	x		
Gollmer, Martin		x	
Hamacher, Kai	x		
Hemmerling, Klaus		x	
Henkel, Eberhard		x	

Hilke, Rolf			x
Hoffrichter, Jens		x	
Koch, Uwe		x	
Krüger, Christina	x		
Ksink, Reinhard		x	
Lehmann, Karin		x	
Luban, Jürgen		x	
Miehtke, Anja	x		
Petenati, Wolfgang		x	
Radom, Käthe		x	
Rausch, Sebastian		x	
Rudolph, Matthias	x		
Sachse, Gerold		x	
Sarrach, Stefan		x	
Schumann, Petra		x	
Seiler, Janett	x		
Teichmann, Jürgen		x	
Wagner, Elke		x	
Wende, Stephan		x	
Zänker, Jens-Olaf	x		
Hengst, Hans-Ulrich		x	

Die namentliche Abstimmung ergibt 9 Dafür- und 18 Gegenstimmen sowie 4 Enthaltungen.

## Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt den geprüften Jahresabschluss 2015 gemäß Anlage.

### Namentliche Abstimmung zu Punkt 1

Name	Ja	Nein	Enthaltung
Anke, Ulrich entschuldigt			
Apitz, Peter			x
Aulich, Lars	x		
Benz, Rene			x
Dippe, Christian		x	
Dost, Katja entschuldigt			
Fiedler, Monika	x		
Fischer, Thomas		x	
Gollmer, Martin	x		
Hamacher, Kai		x	
Hemmerling, Klaus	x		
Henkel, Eberhard	x		
Hilke, Rolf	x		
Hoffrichter, Jens	x		
Koch, Uwe	x		
Krüger, Christina		x	
Ksink, Reinhard	x		
Lehmann, Karin	x		
Luban, Jürgen	x		
Miethke, Anja		x	
Petenati, Wolfgang	x		
Radom, Käthe	x		
Rausch, Sebastian	x		
Rudolph, Matthias		x	
Sachse, Gerold	x		
Sarrach, Stefan	x		
Schumann, Petra	x		
Seiler, Janett		x	
Teichmann, Jürgen	x		
Wagner, Elke	x		
Wende, Stephan	x		
Zänker, Jens-Olaf			x
Hengst, Hans-Ulrich	x		

Die namentliche Abstimmung ergibt 21 Ja- und 7 Gegenstimmen sowie 3 Enthaltungen



2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree entlastet den Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2015.

Name	Ja	Nein	Enthaltung
Anke, Ulrich	entschuldigt		
Apitz, Peter		x	
Aulich, Lars	x		
Benz, Rene			x
Dippe, Christian		x	
Dost, Katja	entschuldigt		
Fiedler, Monika			x
Fischer, Thomas		x	
Gollmer, Martin	x		
Hamacher, Kai		x	
Hemmerling, Klaus	x		
Henkel, Eberhard	x		
Hilke, Rolf	x		
Hoffrichter, Jens	x		
Koch, Uwe	x		
Krüger, Christina		x	
Ksink, Reinhard	x		
Lehmann, Karin	x		
Luban, Jürgen	x		
Miethke, Anja		x	
Petenati, Wolfgang	x		
Radom, Käthe	x		
Rausch, Sebastian	x		
Rudolph, Matthias		x	
Sachse, Gerold	x		
Sarrach, Stefan	x		
Schumann, Petra	x		
Seiler, Janett		x	
Teichmann, Jürgen	x		
Wagner, Elke	x		
Wende, Stephan	x		
Zänker, Jens-Olaf		x	
Hengst, Hans-Ulrich			x

Die namentliche Abstimmung ergibt 19 Ja- und 9 Gegenstimmen sowie 3 Enthaltungen.

#### **TOP 9.6 Jahresabschluss 2015 Stadtforst Fürstenwalde/Spree, Kommunaler 6/DS/411 Eigenbetrieb**

##### **Beschluss:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt den geprüften Jahresabschluss 2015 fest.  
Zustimmung: 31 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Werkleiter für das Geschäftsjahr 2015 die Entlastung zu erteilen.  
Zustimmung: 23 Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Gewinn in Höhe von 88.091,28 € mit 38.091,28 € auf neue Rechnung vorzutragen sowie 50.000,00 € an die Stadt Fürstenwalde auszuschütten.  
Zustimmung: 31 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen
4. Mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2016 wird Herr Henning Mühl von der Ebner Stolz GmbH&CoKG beauftragt.  
Zustimmung: 31 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

#### **TOP 9.7 Wirtschaftsplan 2017 für den Stadtforst Fürstenwalde/Spree, Kommunaler 6/DS/412 Eigenbetrieb**

BFZ-Fraktion lehnt die Gewinnabführung aufgrund der momentan angespannten Finanzsituation und des geplanten Grundstückserwerbs an die Stadt ab und bittet, ihr Abstimmungsverhalten zu dokumentieren.

##### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den anliegenden Wirtschaftsplan 2017 für den Stadtforst Fürstenwalde – Kommunaler Eigenbetrieb.

**Zustimmung Ja 24 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0**

Mit 7 Gegenstimmen stimmt die BFZ-Fraktion gegen den Wirtschaftsplan.

#### **TOP 9.8 Neuregelung der Umsatzsteuerpflicht bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts; hier: Abgabe der Optionserklärung zu § 2b Abs. 22 UStG**

Der Bürgermeister führt aus, dass die geplante Bestandsaufnahme bis zum Ende des Jahres 2017 abgeschlossen sein soll, um gegebenenfalls ab 2018 für die USt-Pflicht zu optionieren.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die schriftliche Abgabe der Optionserklärung zu § 2b UStG bei der zuständigen Finanzbehörde unter Bezugnahme auf die Übergangsvorschrift des § 27 Abs. 22 UStG.

Eine erste Bestandsaufnahme soll zum Ende des Jahres 2017 abgeschlossen sein, um ggf. ab 2018 zu optionieren.

**Zustimmung mit Änderung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 9.9 Richtlinie zur Erhebung von Entgelten für die Benutzung des Festplatzes 6/DS/372 der Stadt Fürstenwalde/Spree**

Die BFZ-Fraktion trägt vor, dass sie mehrheitlich die Auffassung vertritt, dass für die Festplatznutzung höhere Einnahmen erzielt werden könnten.

**Beschluss:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Außerkrafttreten der Entgeltordnung der Stadt Fürstenwalde/Spree zur Benutzung des von ihr betriebenen Festplatzes (Entgeltordnung Festplatz) vom 13. Dezember 2013 am Tag der öffentlichen Bekanntmachung dieses Beschlusses.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage 2 der Beratungsdrucksache beiliegende Richtlinie zur Erhebung von Entgelten für die Benutzung des Festplatzes der Stadt Fürstenwalde/Spree.

**Zustimmung Ja 24 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

Drei Vertreter der BFZ-Fraktion haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

**TOP 9.10 Einführung von Energiesparmodellen in Schulen,- Kita,- und Horteinrichtungen 6/DS/394**

Die Abg. Wagner beantragt eine Verweisung in den Kultur- und Sozialausschuss, da auch pädagogisch flankierende Aspekte diskutiert werden.

Insgesamt so moniert sie, dass die Aufwendungen sinnvoller eingesetzt werden sollten, sie lehnt den Beschlussvorschlag in der vorliegenden Fassung ab.

Anschließend gibt es noch zwei Wortmeldungen, die mit dem Antrag konform gehen. Insofern beantragt die Abg. Wagner zur GeschO die Abstimmung zu ihrem Verweisungsantrag, um die inhaltliche Diskussion im Ausschuss zu führen.

**Zurückstellung Ja 27 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 9.11 Bebauungsplan Nr. 101 "Lebensmittelmarkt Ehrenfried-Jopp-Straße", 6/DS/418 hier: Auslagebeschluss**

Der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses, Abg. Wende, berichtet über Ausführungen des Discountervertreterers wonach die Handelskette auch bereit wäre, ein städtebaulich angepasstes Objekt zu errichten. Er bittet die Verwaltung ausdrücklich, diesen Hinweis aufzugreifen und das Gespräch dahingehend nochmals zu führen.

Die Wortmeldung von Herrn Fischer bezieht sich auf einige noch offen gebliebene Fragen zur planerischen Neuordnung des Areals. Nach seiner Auffassung sollte das Gebiet auch für die Wohnbebauung zugelassen werden.

Herr Hilke merkt an, dass der durch die Handelskette geplante Neubau schon eine deutliche Verbesserung zur bestehenden Architektur darstellt. Außerdem, so fügt er hinzu, ist das gesamte Areal wenig geeignet, städtebauliche Akzente zu setzen.

Herr Tschepe geht auf die Hinweise ein und erläutert, dass die Nachbarbebauung mit den Eigentümern diskutiert worden ist. Leider ergab diese keine einvernehmliche Lösung, so dass die ursprüngliche Planung zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 101 „Lebensmittelmarkt Ehrenfried-Jopp-Straße“ in der Fassung von November 2016 gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB öffentlich auszulegen.

**Zustimmung Ja 23 Nein 5 Enthaltung 2 Befangen 0**

### **TOP 9.12 Vermarktung der Baugrundstücke im Bereich des B-Plans Nr. 91 "Woh- 6/DS/357/nen auf der Ketschendorfer Feldmark I" 1**

Der Bürgermeister geht in seinen Ausführungen nochmals darauf ein, dass von insgesamt 36 zur Verfügung stehenden Grundstücken für 23 der Zuschlag erteilt worden ist. Zwischenzeitlich sind einige von ihren Geboten zurückgetreten, weil sie auf mehrere Grundstücke geboten hatten. Insofern bittet er, den von der Verwaltung eingebrachten Beschlussvorschlag um eine entsprechende Formulierung zu erweitern, dass wenn jemand von seinem Gebot zurücktritt, dann der nächst Bietende den Zuschlag erhalten soll.

Danach sollen die Bieter, die keinen Zuschlag erhalten haben, in der Reihenfolge der Höchstgebote je qm den Zugriff auf die dann noch freien Grundstücke erhalten.

Die Grundstücke, die auch nach diesem Verfahren noch nicht vergeben sind, sollten zum Festpreis von 65,00 €/qm vergeben werden. Bei Doppelbewerbungen soll das Los entscheiden.

Für die CDU/FDP-Fraktion stellt der Abg. Hoffrichter den Antrag, die freigebliebenen Grundstücke auf der Basis des Durchschnittswertes (€/m<sup>2</sup>) aus dem durchgeführten Verfahren zu vergeben.

Die BFZ-Fraktion vertritt die Auffassung, das Verfahren nur insofern zu modifizieren, dass die Zweitplatzierten berücksichtigt und die restlichen Grundstücke erneut ausgeschrieben werden.

Jetzt wird über den Ergänzungsantrag der CDU/FDP-Fraktion abgestimmt.

Mit 13 Dafür- und 11 Gegenstimmen sowie 6 Enthaltungen wird dieser Vorschlag angenommen.

### **Beschluss:**

1. Diejenigen, die für ein Grundstück geboten haben und nur Zweitplatzierte waren und der Erstbewerber zurücktritt, dann wird der Zweitplatzierte das Grundstück angeboten erhalten und ggf. den Zuschlag erhalten.
2. Die Stadt Fürstenwalde/Spree bietet den bisher nicht berücksichtigten Bewerbern in der Reihenfolge der Höchstgebote je m<sup>2</sup> an, ihr Angebot auf die noch nicht vergebenen Grundstücke auszuweiten.
3. Nach Abschluss des Bieterverfahrens verkauft die Stadt Fürstenwalde/Spree die frei gebliebenen Grundstücke auf der Basis eines noch zu ermittelnden Durchschnittswertes (€/m<sup>2</sup>), der sich aus den verkauften Grundstücken in diesem Gebiet ergibt.

Die BFZ-Fraktion beantragt, diese 3 Punkte getrennt abzustimmen.

Dieser Antrag wird mit 7 Dafür- und 20 Gegenstimmen sowie 4 Enthaltungen abgelehnt.

Die Fraktion betont, dass sie Ziffern 1 gern zugestimmt hätte, sich nunmehr jedoch anders verhalten

muss. Das Abstimmungsverhalten soll dokumentiert werden.

### **Zustimmung mit Änderung Ja 18 Nein 10 Enthaltung 3 Befangen 0**

Die BFZ-Fraktion stimmt geschlossen gegen den Beschlussvorschlag.

### **TOP 9.13 Beschluss über die Neuausschreibung der Essenversorgung in Kitas und Schulen zum Schuljahresbeginn 2018/2019 6/IV/422**

Die FBL Bürgerdienste, Frau Meister, erläutert den Sachverhalt ausführlich und geht darauf ein, dass nach dem Kita-Gesetz die Stadt direkter Vertragspartner für die Eltern sein muss. Um diese Regelung im Interesse aller Beteiligten umzusetzen, ist eine AG gebildet worden, die sich am 3.1.2017 um 14.30 Uhr im Raum 162 trifft. In diesem Zusammenhang gibt sie den Hinweis, dass das Verfahren zur Neubetriebung der Essenversorgung nicht zeitnah eingeführt werden kann. Es soll erst zum Schuljahr 2018/2019 eingeführt werden.

Es ist dem Abg. Wende wichtig festzuhalten, dass über die Essenversorgung schon sehr lange diskutiert wird. Er kann sich mit der Vertragsverlängerung nicht ohne weiteres einverstanden erklären und bittet um entsprechende Auswertung in der Verwaltung. Es ist sehr wichtig, dass sich die Mahlzeiten qualitativ verbessern.

Die anschließenden Wortmeldungen, die die Diskussion im Fachausschuss wiederholen, veranlassen Frau Fiedler, sich zur GeschO zu melden und die Abstimmung zu beantragen.

#### **Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die mit der Dussmann Service Deutschland GmbH zur Mittagsversorgung in Kitas und Schulen geschlossenen Konzessionsverträge einvernehmlich in Dienstleistungsverträge zum nächstmöglichen Zeitpunkt umzuwandeln.
2. Die grundsätzliche Kündigung der Leistungen und die damit verbundene Neuausschreibung der Essenversorgung werden für ein weiteres Jahr, d.h. bis zum Schuljahreswechsel 2018/19 ausgesetzt. Die Anpassung der Laufzeit ist in die neuen Dienstleistungsverträge aufzunehmen.
3. Die Verwaltung legt der Stadtverordnetenversammlung spätestens zur Sitzung im Februar 2017 eine Satzung für die Essenversorgung in städtischen Kitas und Grundschulen zur Beschlussfassung vor.

Auf Grund des engen Zeitrahmens wird für die Erarbeitung unterstützend eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um möglichst frühzeitig Konsensfähigkeit zu erreichen. Alle Fraktionen benennen umgehend einen Vertreter zur Besetzung der Arbeitsgruppe.

### **Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

#### **TOP 10 Informationen der Verwaltung**

Der Bürgermeister berichtet, dass es im Zusammenhang mit dem Streusalzverbot die Frage gab, inwieweit die Eigentümer persönlich darüber informiert und angeschrieben werden können. Aus datenschutzrechtlichen Gründen, so informiert er, darf auf Steuerdateien z.B. nicht zurückgegriffen werden. Insofern hat sich die Verwaltung entschieden, die Straßenreinigungssatzung wie bisher im Amtsblatt und auf der städtischen Internetseite zu veröffentlichen.

Frau Meister beantwortet ausführlich die Anfrage der SPD „Schulsozialarbeit an Grundschulen“. Da die Antwort inzwischen allen Abgeordneten schriftlich vorliegt, wird an dieser Stelle auf eine ausführliche Darstellung verzichtet.

Eine weitere Information von Frau Meister betrifft die Antragstellung für ein Eltern-Kind-Zentrum der

Caritas beim Landkreis Oder-Spree.

Herr Tschepe berichtet, dass die zusätzliche Beleuchtung für die Hegelstraße/Landesstraße erst im kommenden Frühjahr aufgestellt und in Betrieb gehen kann.

Er erläutert weiterhin die Notwendigkeit, für die August-Bebel-Straße –nunmehr wird die restliche Baumaßnahme in Gänze im Jahre 2017 realisiert- eine Sitzung des Hauptausschusses einzuberufen.

#### **TOP 11    Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung**

In diesem TOP werden einige Nachfragen zur Veröffentlichung von nichtöffentlichen Beschlüssen, zur GIP-Ausschreibung des Grundstücks Uferstraße, zur Bebauung des Altstädter Platzes erörtert bzw. werden die Themen nochmals in einem der nächsten Stadtentwicklungsausschüsse aufgegriffen.

#### **TOP 12    Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 22.05 Uhr und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Die Niederschrift umfasst 14 Seiten.

Jürgen Teichmann

Franka Koch

---

Vorsitzender

---

Schriftführerin